

Erfolgreiche Klimabegehren (Bürgerbegehren, Volksbegehren, Einwohneranträge)

Stand: 09.04.2026



2026

Schwerin (MV)	Bürgerbegehren zum Erhalt des Stadtteilpark Lankow	Mit klarer Mehrheit haben sich die Bürger*innen in Schwerin am 25. Januar 2026 in einem Bürgerentscheid für den Erhalt eines Parks entschieden. Vorausgegangen war ein Bürgerbegehren, für das mehr als 4.000 Unterschriften gesammelt worden waren. Ausgangspunkt war eine 5.000 Quadratmeter große Fläche im Stadtteil Lankow. Ein Investor wollte dort für etwa 18 Millionen Euro ein Gebäude mit Mietwohnungen, Geschäften und Arztpraxen errichten. Der Stadtrat beschloss den Verkauf des Parks im Sommer 2025. Doch bei den Bürger*innen regte sich Widerstand. Sie starteten ein Bürgerbegehren, um die Parkanlage samt Spielplatz zu erhalten. Nachdem über 4.000 Unterschriften eingereicht wurden, fand nun der Bürgerentscheid per Briefwahl statt.
---------------	--	---

2025

Berlin	Volksbegehren „BaumEntscheid Berlin“	Die Berliner Initiative „BaumEntscheid“ sammelte innerhalb weniger Wochen über 33.000 Unterschriften für ein Klimaanpassungsgesetz, das am 3. November 2025 vom Abgeordnetenhaus mit geringfügigen Änderungen als „Bäume-Plus-Gesetz“ verabschiedet wurde. Das Gesetz verpflichtet den Berliner Senat, die Stadt widerstandsfähiger gegen Hitze und Extremwetter zu machen, unter anderem durch die Pflanzung von 300.000 Straßenbäumen, die Einrichtung von 1.000 Kälteinseln in Wohnvierteln und die Schaffung von 100 neuen Parks. Der Erfolg gilt als
--------	--------------------------------------	---

		<p>beispielhaftes Zusammenspiel von Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft: Über 40 Organisationen – darunter Wohlfahrtsverbände, Umweltinitiativen und Fachjurist*innen – unterstützten den Entwurf.</p>
Hamburg	Volksbegehren „Zukunftsentscheid Hamburg“	<p>Hamburg hat als erstes Bundesland in einem Volksentscheid ein verschärftes Klimaschutzgesetz beschlossen: Am 12. Oktober 2025 stimmten 53 Prozent der Wählenden beim sogenannten „Zukunftsentscheid“ für ein jährliches CO₂-Budget und verbindliche Sektorziele, um Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen. Das Gesetz geht auf ein breites Bündnis aus Umwelt- und Sozialverbänden zurück, das mittels direkter Demokratie mehr Transparenz und Verbindlichkeit durchsetzte. Mit einer Beteiligung von 43,6 Prozent und einer Erfolgsquote von 38,5 Prozent bei Volksentscheiden zeigt Hamburg, dass direkte Demokratie auf Landesebene hier besonders wirksam ist.</p>
Rheinau (BW)	Bürgerbegehren zum Erhalt des Diersheimer Rheinauenwalds	<p>Die Initiative zum Erhalt des Diersheimer Rheinauenwaldes sammelte für ihr Bürgerbegehren 1.848 Unterschriften. Der Anlass war eine geplante Kieswerk-Erweiterung, die eine Abholzung nötig macht. Am 8. März 2026 stimmten die Bürger*innen mit einem knappen, aber deutlichen Ergebnis für den Walderhalt. Die Initiative richtet sich zwar nicht generell gegen den Kiesabbau, jedoch werden dadurch auch der Wasserhaushalt und die Böden nachhaltig verändert. Die Abwägung zwischen Naturschutz und Einnahmen für die Gemeinde trafen nun die Einwohner*innen. Das Ergebnis ist für den Gemeinderat verbindlich.</p>
Soest (NRW)	Bürgerbegehren zum Bau einer Agri-Photovoltaik-Anlage in Müllingsen	<p>Eine Soester Bürgerinitiative startete ein Bürgerbegehren für den Bau einer Agri-Photovoltaik-Anlage auf rund 25 Hektar Ackerland nahe des Ortsteils Müllingsen. Auslöser war ein überraschender Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom Oktober 2025, der das Vorhaben</p>

		gestoppt hatte. Konkret ging es dabei um eine Anlage, die Landwirtschaft und Solarstromerzeugung auf derselben Fläche verbinden und rechnerisch rund 4.400 Haushalte mit Strom versorgen sollte. Nachdem das Bürgerbegehren genügend Unterschriften gesammelt hatte, kam der Rat der Stadt Soest einem möglichen Bürgerentscheid zuvor, indem er beschloss, das Thema erneut zu beraten. In einer späteren Ratssitzung wurde dem Bürgerbegehren schließlich einstimmig und vollumfänglich entsprochen. Ein Bürgerentscheid war damit nicht mehr nötig.
--	--	--

2024

Frankfurt (HE)	Bürgerbegehren „Klimaentscheid Frankfurt“	Die Initiative "Klimaentscheid Frankfurt" einigte sich mit der Politik auf ein Klimapaket. In acht intensiven Terminen zwischen Juni 2023 und März 2024 wurde mit den Fraktionen Grüne, SPD, Volt und FDP sowie Vertreter*innen der Verwaltung über ein umfassendes Maßnahmenpaket für ein klimaneutrales Frankfurt verhandelt. Zuvor hatte die Initiative für ein Bürgerbegehren über 23.000 Unterschriften gesammelt. Nach Abgabe der Unterschriften verständigten sich die politischen Akteur*innen und die Initiative gemeinsam über die Umsetzung der Forderungen zu verhandeln. Dazu zählen unter anderem Altbau-Sanierungen für klimaneutrales Wohnen, die Stärkung genossenschaftlicher Solarenergie, die Förderung umweltfreundlicher Mobilität sowie der Erhalt und Ausbau von Stadtgrün.
Potsdam (BB)	Bürgerbegehren „Tschüss Erdgas“	Die Potsdamer Stadtverordneten beschlossen im Januar 2024, dass der städtische Energieversorger Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP) bis 2035 fossilfrei arbeiten soll. Den Antrag hatten die Initiative "Tschüss Erdgas" gemeinsam mit "Potsdam Zero", der Grünen-Fraktion und der

		<p>Fraktion "Die Andere" eingebracht. Ursprünglich zielte das Bürgerbegehren von "Tschüss Erdgas" auf 2030 als Zieljahr ab. Die Stadt Potsdam hatte jedoch gegen die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens geklagt. Die juristische Auseinandersetzung hätte nach Experteneinschätzung bis zu zehn Jahre dauern können. Vor diesem Hintergrund ist die aktuelle Entscheidung für 2035 für die Bürgerinitiative ein Erfolg.</p>
Soest (NRW)	Bürgerbegehren „Bäume auf dem Marktplatz erhalten“	<p> Stadtbäume haben eine wichtige Funktion in den Städten. Sie regulieren das Mikroklima, spenden Schatten und filtern Emissionen aus Luft und Boden. Die Bürgerinitiative setzte sich erfolgreich für den Erhalt der sieben alten Stadtbäume auf dem Soester Marktplatz ein. Die Politik hatte zuvor beschlossen die Bäume im Zuge der Marktplatzneugestaltung zu fällen. Im Bürgerentscheid am 17.04.24 sprachen sich knapp 70 Prozent der Abstimmenden für den Erhalt und einer Verbesserung der Standortbedingungen der Bäume aus.</p>
Göttingen (NDS)	Bürgerbegehren "Radentscheid I - Allgemeine Strategien"	<p>In Göttingen fanden am 9. Juni 2024 gleich zwei Bürgerentscheide parallel zur Europawahl statt. "GöttingenZero" hatte für zwei Initiativen zum Radverkehr jeweils mehr als 9.100 Unterschriften gesammelt. Im ersten Bürgerbegehren „Radentscheid I - Allgemeine Strategien“ ging es um die allgemeine Verbesserung des Radverkehrs durch die Umsetzung des Radverkehrsentwicklungsplans. Dazu gehören der Ausbau sicherer Radverkehrsanlagen sowie Fahrradabstellanlagen. Im zweiten Bürgerbegehren "Radentscheid II - Radverkehrsanlagen in der Kernstadt" werden konkrete Straßen benannt, die zu Fahrradstraßen oder "Protected Bike Lanes" umgestaltet werden sollen. Die Zweiteilung war erforderlich, da auf den Unterschriftenlisten der ganze Forderungstext abgedruckt sein muss und der Platz nicht ausreichte. Dem Bürgerbegehren mit den konkreten</p>

		<p>Maßnahmen "Radentscheid II - Radverkehrsanlagen in der Kernstadt" stimmten nur 46,1% der Abstimmenden zu. „Radentscheid I - Allgemeine Strategien“ wurde jedoch im Bürgerentscheid mit 54,4% Ja-Stimmen angenommen.</p> <p>Laut der Stadt Göttingen geht es beim Radentscheid I um Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs im Umfang von 30,9 Millionen.</p>
Ludwigsburg (BY)	Einwohnerantrag „Photovoltaik-Ausbau auf Ludwigsburger Dachflächen beschleunigen“	<p>Die Initiative „LBZero“ sammelte 1.400 Unterschriften für einen Einwohnerantrag für einen stärkeren Photovoltaik-Ausbau. Der konkrete Antrag lautete: „Die Stadt Ludwigsburg soll den Zubau von Photovoltaik auf bestehenden Ludwigsburger Dachflächen fördern und auf eigenen Gebäuden beschleunigen, um bis Ende 2030 eine Photovoltaik-Leistung von mindestens 60.000 Kilowatt-Peak im Stadtgebiet zu erreichen. Die Stadt Ludwigsburg soll jährlich einen Bericht über die geplanten Maßnahmen und den Stand der Umsetzung veröffentlichen.“ Der Antrag wurde schließlich am 31.01.24 bei der Beratung im Gemeinderat übernommen.</p>

2023

Erfurt (TH)	Bürgerbegehren „Klimaentscheid Erfurt“	<p>Das Bündnis für Klimagerechtigkeit Erfurt startete dieses Bürgerbegehren ursprünglich mit dem Ziel für 2035 Klimaneutralität in der Thüringer Landeshauptstadt zu erreichen. Dafür wurden von August bis November 2022 insgesamt über 7000 gültige Unterschriften gesammelt. Im Januar wurde es im Stadtrat formal anerkannt, dann begann eine Phase der Verhandlung mit der Initiative. Mit der Stadtverwaltung arbeiteten sie eine gemeinsame Beschlussvorlage aus, die am 28. Juni 2023 im Stadtrat beschlossen wurde. Darin wird die vom Sachverständigenrat für Umweltfragen empfohlene Methode der Restbudgetermittlung zur</p>
-------------	--	--

		<p>schnellstmöglichen Reduzierung der Emissionen herangezogen. In den Bereichen der kommunalen Energieerzeugung und -versorgung, des ÖPNV und der eigenen städtischen Liegenschaften soll dies vorrangig geschehen; im Beschaffungswesen und Wirtschaftsförderung sollen unterstützend Maßnahmen zur CO2-Reduktion und Klimaanpassung umgesetzt werden; in der Stadtentwicklung werden diese Ziele durch Verkehrsberuhigung, Begrünung und Regenwassernutzung verfolgt. Genauere Maßnahmen werden nun zusammen mit dem Bündnis entwickelt und sollen ab spätestens dem 3. Quartal 2024 umgesetzt werden.</p>
Stuttgart (BW)	Einwohnerantrag „Klimagerechtes Stuttgart“	<p>Die Initiative „Bürger*innenrat Klima Stuttgart“ wollte die deliberative Demokratie mit direkter Demokratie auf den Weg bringen und hat es geschafft durch ihren Einwohnerantrag. Dabei war der Ausgangspunkt für die Initiative, dass die Stadt Stuttgart Klimaneutralität erreichen sollte. Wie das erreicht werden soll, sollte ein Bürger*innenrat beraten. Um diesen einzubringen, führten sie einen Einwohnerantrag durch und sprachen mit allen Parteien mit Stadtrat. Nachdem sie die über 2500 Unterschriften im Juni abgegeben hatten, wurde der Bürger*innenrat im Dezember durch einen fraktionsübergreifenden Antrag beschlossen. Ab März 2023 beriet dieser über Empfehlungen zu Stuttgarts Klimapolitik und übergab sie Ende Juni.</p>
Heilbronn (BW)	Bürgerbegehren „Heilbronn Klimaneutral 2035“	<p>Die Initiative startete im März 2022 mit der Forderung, dass im Klimaschutzmasterplan der Stadt 2035 als Zieljahr für Klimaneutralität gesetzt wird, anstatt wie bisher 2050. Im November gab der Gemeinderat daraufhin eine Ergänzung des Masterplans für die 2 Szenarien Klimaneutralität 2035 und 2040 in Auftrag, die im Januar veröffentlicht</p>

		wurde. Anschließend wurde per Ratsantrag das Zieljahr 2035 sowie u.a. prioritäre Klimaschutzmaßnahmen in der Stadtverwaltung beschlossen.
Weimar (TH)	Bürgerbegehren „Radentscheid Weimar“	Die nötigen Unterschriften für den Radentscheid in Weimar waren schon im Dezember 2021 eingereicht, bis zur Entscheidung der Stadt dauerte es aber noch bis März 2023. Nach vielen Verhandlungen zwischen Stadtrat und Initiative haben sich beide nun auf einen Kompromiss geeinigt. Er sieht eine Fahrradstraße, die Prüfung von mehr Radfahrstreifen und die Schaffung von Einbahnstraßen vor.
Plüderhausen (BW)	Einwohnerantrag „Plüderhausen soll bis 2035 klimaneutral werden“	Als Reaktion auf den Einwohnerantrag beschloss der Gemeinderat Plüderhausen im Oktober 2023 die Erstellung eines Klimaaktionsplans.
Lübeck (SH)	Bürgerbegehren „Lübeck klimaneutral bis 2035“	Die Initiative Klimaentscheid Lübeck startete im Februar 2023 ein Bürgerbegehren, mit dem Lübecks Fortschritte in Richtung Klimaneutralität beschleunigt werden sollen. Am 16. August konnten die gesammelten Unterschriften vor dem Rathaus übergeben werden. Statt der benötigten 10.875 Unterschriften wurden sogar 11.584 erreicht. Am 30.11.23 beschloss die Lübecker Bürgerschaft, die Forderung der Initiative umzusetzen und die Klimaneutralität bis 2035 im Masterplan Klimaschutz zu verankern.

2022

Freiburg im Breisgau (BW)	Bürgerbegehren: „Klimaentscheid Freiburg“	Zuerst wurde der Bürgerentscheid von der Stadt für unzulässig erklärt. Zwei Monate später im November beschließt die Stadt dennoch als Zieljahr 2035 anstatt vormals 2038 festzulegen. Durch ein seit September 2022 laufendes
---------------------------	---	--

		zweites Bürgerbegehren möchte dieselbe Gruppe nun 16 konkrete Maßnahmen für die Stadt festlegen, damit sie bis 2035 tatsächlich klimaneutral ist.
Osnabrück (NDS)	Einwohnerantrag: „Klimaentscheid Osnabrück“	Der Einwohnerantrag brauchte nur Unterschriften von 2,5% der Wahlberechtigten und startete im Mai 2021. Nach etwas über 4000 Unterschriften beschloss der Stadtrat die Forderung von Klimaneutralität im Jahr 2030 anzunehmen.
Nürnberg (BY)	Bürgerbegehren: „Klimaentscheid Nürnberg“	Infolge des vom Klimaentscheid Nürnberg eingereichten Bürgerbegehrens mit mehr als 15.000 Unterschriften kam es zu einer Einigung zwischen Initiative und Stadtrat: Anstatt die Forderung nach Klimaneutralität 2030 umzusetzen hat der Nürnberger Stadtrat beschlossen, die Erstellung eines Integrierten Klimaschutzkonzepts mit Zielszenarien für Klimaneutralität bis 2030, 2035 und 2040 zu beauftragen. Dabei soll das CO2-Restbudgets für Nürnberg für das 1,5-Grad- und das 1,75-Grad-Limit berücksichtigt werden.
Bargteheide (SH)	Bürgerbegehren: „Bargteheide klimaneutral 2035“	Der erfolgreiche Bürgerentscheid wurde im April durch einen Beschluss der Stadtvertretung mit großer Mehrheit bestätigt. Damit wurde das Zieljahr 2035 beschlossen und ein Planungsbüro mit der Erstellung eines Klimaaktionsplans beauftragt.
Halstenbek (SH)	Bürgerbegehren: „Klimaentscheid Halstenbek“	Noch bevor das Unterschriftenquorum erreicht werden konnte, nahm der Gemeinderat die Forderungen, Klimaneutralität bis 2030 zu erreichen und ein Planungsbüro mit einem Klimaaktionsplan zu beauftragen, an.
Greifswald (MV)	Bürgerbegehren: „Klimaentscheid Greifswald“	Das Bürgerbegehren startete im Januar mit der Forderung für Klimaneutralität 2030. Im Juni wurde im Stadtrat das Zieljahr 2035 beschlossen. Ein Korrekturbegehren wurde aufgegeben und die Initiative

		will sich nun aktiv einbringen, damit die passenden Maßnahmen ergriffen werden, um Klimaneutralität bis spätestens 2035 zu erreichen.
Ingolstadt (BY)	Bürgerbegehren: „Klimaentscheid Ingolstadt“	Das Bürgerbegehren startete im März mit der Forderung für Klimaneutralität 2035. Noch im selben Monat kündigte die Bürgermeisterin an, im Mai ein integriertes Klimaschutzkonzept mit demselben Zieljahr vorzulegen. Im Juni wurde schließlich ein Ratsantrag für das Zieljahr 2035, Sofortmaßnahmen im Klimaschutz und der Vorbereitung eines Klimarats mit 4 Gegenstimmen beschlossen.
Bietigheim-Bissingen (BW)	Bürgerbegehren: „Klimaentscheid Bietigheim-Bissingen“	Der Gemeinderat von Bietigheim-Bissingen beschloss von sich aus Ende Juni einen Klimaaktionsplan. Die Initiative entschied sich, ein Korrekturbegehren anzustreben, um das Zieljahr für Klimaneutralität von 2040 auf 2035 vorzuziehen. Nachdem die nötigen Unterschriften in der Frist von 8 Wochen gesammelt waren, nahm der Gemeinderat das Begehren im November einstimmig an.
Öhringen (BW)	Bürgerbegehren: „Klimaentscheid Öhringen“	Die Forderung des Bürgerbegehrens, dass die Stadt ein Planungsbüro mit einem Klimaaktionsplan beauftragt, dass Klimaneutralität bis 2035 festschreibt, wurde im März in der Phase der Unterschriftensammlung angenommen, bevor es zum Bürgerentscheid kam. Im September wurde ein Planungsbüro beauftragt.
Vechelde (NDS)	Bürgerbegehren: „Klimaentscheid Vechelde“	Kurz nachdem das Bürgerbegehren startete, Unterschriften zu sammeln, wurde im Juli einem Antrag aller Parteien im Wortlaut der Initiative zugestimmt. Damit soll innerhalb eines Jahres ein Klimaaktionsplan mit dem Ziel Klimaneutralität 2032 beauftragt werden.
Ecklak (SH)	Bürgerbegehren für den Bau eines Solarparks	Nachdem der Bau eines Solarparks in Ecklak durch einen Gemeinderatsbeschluss im Vorjahr gekippt wurde, startete das

		Bürgerbegehren, um ihn doch umzusetzen. Der anschließende Bürgerentscheid wurde im Sinne des Begehrens entschieden.
Flensburg (SH)	Bürgerbegehren: „Klimabegehren Flensburg“	Nachdem das Unterschriftensammeln für das Bürgerbegehren im Mai begann und im November bereits das Doppelte des Quorums dem Stadtpräsidenten übergeben wurde, entschied der Stadtrat im Dezember einstimmig für die Forderungen der Initiative. Diese sehen vor, die Stadtwerke bis 2035 zu dekarbonisieren. Für die Umsetzung wurde außerdem ein detaillierter Maßnahmenplan entwickelt.
Aachen (NRW)	Einwohnerantrag: „Klimaentscheid Aachen“	Der Stadtrat hat mit großer Mehrheit im Mai dem Einwohnerantrag für einen Klimaaktionsplan für 2030 angenommen. Gleichzeitig wurde eine zügige und transparente Umsetzung beschlossen, die regelmäßig überprüft werden soll.
Rüsselsheim (HE)	Ratsantrag „Sofortiger Klimaaktionsplan für Rüsselsheim“	Der Klimaaktionsplan wurde von der Initiative selbst entwickelt. Sie startete auch eine Petition, diese wurde aber am Ende nicht gebraucht. Denn die Aktiven konnten bereits den Gemeinderat überzeugen, die Forderungen durch einen Ratsantrag auf den Weg zu bringen. Als Folge wird nun auch ein Klimabürgerrat einberufen werden.
Göppingen (BW)	Einwohnerantrag „Göppingen Klimaneutral 2035“	Die im Februar gestartete Initiative hatte bereits Ende September nach 5 Monaten mehr als genug Unterschriften für den Einwohnerantrag gesammelt. Er wurde in der Stadtverwaltung mit wenigen Enthaltungen angenommen, weshalb jetzt ein Klimaaktionsplan mit dem Ziel Klimaneutralität 2035 in Göppingen erstellt wird.
Dresden (SN)	Bürgerbegehren „Klimaentscheid Dresden“	Die Initiative begann im Juni damit Unterschriften zu sammeln, mit dem Ziel, dass Dresden 2035 klimaneutral wird. Als genug Unterschriften gesammelt waren, nahm im Dezember der Stadtrat das Begehren auf und beschloss als

		Zieljahr für Klimaneutralität 2035 – ließ sich aber einen Ausweg, falls die Stadt es bis dahin nicht erreichen sollte, bis 2040 klimaneutral zu sein.
Mannheim (BW)	Einwohnerantrag „Mannheim kohlefrei“	Die Initiative startete 2020 mit einem Einwohnerantrag und der Forderung, den Fernwärmebezug der Stadt aus dem Großkraftwerk Mannheim (GKM) bis 2030 aufzukündigen. Dies sollte den Zweck haben, das GKM langfristig unrentabel zu machen und nutze den Spielrahmen der Stadt auf das privat betriebene Steinkohlekraftwerk aus. Nachdem ein erster Einwohnerantrag während Corona versandete, startete die Initiative einen zweiten Anlauf, dieses Mal mit der Forderung nach einem Klimakonzept, um die Umstellung der Fernwärmeversorgung Mannheims bis 2030 auf erneuerbare Quellen umzustellen. Als diese Forderung im Stadtrat angenommen wurde, forderte die Initiative einen CO2-Budget-Ansatz zum Einhalten des 1,5°-Ziels anzuwenden und Bürgerbeteiligung durch einen Bürgerrat. Außerdem zeigte sie in einer bei Fraunhofer IEE mit Heidelberg kohlefrei in Auftrag gegebenen Studie, dass Fernwärmeversorgung für Mannheim und umliegende Städte bis 2030 möglich ist. Im Klimaschutz-Aktionsplan 2030 (s.u.), der im November 2022 beschlossen wurde, wird die Versorgung der Fernwärme aus erneuerbaren Quellen bis 2030 als möglich, aber ambitioniert bezeichnet.
Mannheim (BW)	Einwohnerantrag „Klimaentscheid MannheimZero“	Die Gruppe „Mannheim Zero“ startete im März 2021 und erstellte als erstes zusammen mit WissenschaftlerInnen einen „KlimaStadtPlan“, der zeigen sollte, dass das Zieljahr 2030 für Mannheim tatsächlich erreichbar ist. Mit der Vorstellung desselben begann auch die Unterschriftensammlung für den Einwohnerantrag für einen Klimaaktionsplan. Ende April war das Unterschriftenquorum erreicht. Der Stadtrat beschloss daraufhin, mit Wissenschaftler*innen, Bürger*innen und der Verwaltung einen solchen zu

		erarbeiten. Zusammen mit Mannheim kohlefrei und anderen Klimagerechtigkeitsgruppen (s.o.) war die Initiative im Lenkungskreis zur Erarbeitung des „Klimaschutz-Aktionsplan 2030“, der im November 2022 im Stadtrat beschlossen wurde.
Remshalden (BW)	Einwohnerantrag „Klimaentscheid Remshalden“	Die lokale Initiative „Zukunft Gemeinsam Gestalten“ brachte den Einwohnerantrag auf den Weg, der im Februar vom Gemeinderat angenommen wurde. Damit wurde das Klimaneutralitätsziel 2035 festgesetzt, die Stelle für einen Klimaschutzmanager geschaffen und ein Klimaaktionsplan in Auftrag gegeben.
Edingen-Neckarhausen (BW)	Einwohnerantrag „Klimaentscheid Edingen-Neckarhausen“	Nachdem der Einwohnerantrag im Dezember mit 5 Forderungen eingereicht wurde, wurde im Januar die erste Forderung nach Klimaneutralität 2035 im Gemeinderat angenommen. Da die Initiative ihre anderen Forderungen weiterhin verfolgt, trifft mittlerweile auch die nach einem Klimarat auf Zustimmung in der Öffentlichkeit und im Rat.
Osnabrück (NDS)	Bürgerbegehren „Radentscheid Osnabrück“	Für bessere Radinfrastruktur sollten bis 2030 fünf verkehrspolitische Ziele von der Stadt umgesetzt werden. Das Bürgerbegehren wurde vom Gemeinderat per Beschluss angenommen.
Magdeburg (LSA)	Bürgerbegehren „Radentscheid Magdeburg“	Fünf verkehrspolitische Maßnahmen sollte die Stadt vorrangig behandeln, die das Begehren in ihrer Formulierung aufführte. Nach erfolgter Unterschriftensammlung wurde das Begehren per Ratsbeschluss angenommen.

Mainz (HE)	Bürgerbegehren „Klimaentscheid Mainz“	Zwischen Januar und Mai 2021 sammelte die Initiative mehr als genug Unterschriften für das Bürgergehren, mit dem sie das Zieljahr für Klimaneutralität 2030 für die Stadt festlegen wollten. Als Folge des Begehrens wurde im November ein Antrag der Grünen, SPD und FDP fast einstimmig angenommen, zwar kein Zieljahr, aber konkrete Maßnahmen in den Bereichen Stadtentwicklung, Verkehrswende und Wärmewende festlegt.
Essen (NRW)	Bürgerbegehren „KlimaEntscheid Essen“	Die erste Initiative für einen Klimaentscheid startete im September 2020, Unterschriften zu sammeln, damit das im Klimaschutzmasterplan der Stadt Essen für Klimaneutralität festgelegte Zieljahr von 2050 auf 2030 vorgezogen wird. Die Stadt gab daraufhin bekannt, einen Aktionsplan ausarbeiten zu lassen und sich bis Juni für ein neues Zieljahr entscheiden zu wollen. Erst Ende August kam die Entscheidung: für Klimaneutralität zwischen 2030 und 2040. Die Initiative fordert mit weiteren Bündnispartnern weiterhin, dass die Stadt 2030 als Zieljahr festlegt.
Schorndorf (BW)	Einwohnerantrag „Klimaentscheid Schorndorf“	Nach Sammeln der Unterschriften wurde der Einwohnerantrag im März im Gemeinderat angenommen und als Zieljahr für Klimaneutralität 2035 beschlossen. Es wurde außerdem eine Stabstelle „Klimaschutz und Mobilität“ eingerichtet.
Landshut (BY)	Bürgerbegehren „Klimaentscheid Landshut“	Das Bürgerbegehren forderte anfangs, dass Landshut „innerhalb von 10 Jahren klimaneutral“ wird. Durcheinem im März behandelten Ratsantrag wurde zwar ein Planungsbüro beauftragt mit Erstellung eines Klimaaktionsplans, „dessen Umsetzung Landshut innerhalb von 10 Jahren klimaneutral machen würde“. Ein formaler Beschluss, dieses Ziel einzuhalten wurde allerdings abgelehnt.

Jena (TH)	Bürgerbegehren „Klimaentscheid Jena“	Nach nur zwei Wochen Sammlungszeit wurde die Forderung für Klimaneutralität 2035 im Stadtrat von allen demokratischen Parteien in einem Ratsbeschluss unterstützt. Innerhalb eines Jahres wurde deshalb ein Klimaaktionsplan für die Stadt entwickelt, der schließlich im April 2023 im Gemeinderat leicht verändert angenommen wurde.
Weinstadt (BW)	Einwohnerantrag „Klimaentscheid Weinstadt“	Der Einwohnerantrag führte im Oktober dazu, dass der Gemeinderat einen Klimaaktionsplan in Auftrag gab, mit dem die Stadt bis 2035 Klimaneutralität erreichen kann.
Aalen (BW)	Einwohnerantrag „Klimaentscheid Aalen“	Infolge des Einwohnerantrags beschloss der Gemeinderat im Oktober, dass Aalen bis 2035 klimaneutral werden soll. Zur Erstellung des Klimaaktionsplans für dieses Ziel wurde im März 2022 ein Beteiligungsprozess und die Einrichtung eines Klimabeirats beschlossen.
Göttingen (NDS)	Bürgerbegehren „Klimaentscheid Göttingen“	Die Initiative entschied sich sowohl über einzelne Fraktionen einen Ratsantrag in den Gemeinderat einzubringen als auch ein Bürgerbegehren zu bemühen, um 2030 als Zieljahr für Klimaneutralität der Stadt Göttingen festzulegen. Während der Ratsantrag zu einer Absichtserklärung für Klimaneutralität 2030 führte, wurde das Begehren schließlich mit Hinweis auf diese Erklärung abgelehnt.
Lüneburg (NDS)	Bürgerbegehren „Klimaentscheid Lüneburg“	Die Forderung von Klimaentscheid Lüneburg war, dass die Stadt bis 2030 klimaneutral wird. Im Dezember waren die nötigen Unterschriften für das Begehren gesammelt und der Rat der Hansestadt nahm es mit den Stimmen aller demokratischen Parteien an. Einen ambitionierteren Klimaschutzplan und Sofortmaßnahmen hat die Stadt bisher allerdings noch nicht vorgelegt.
Würzburg (BY)	Bürgerbegehren „Klimaentscheid Würzburg“	Aus dem anfangs geforderten Klimaneutralitätsjahr 2030 wurde nach dem Bürgerbegehren, das die Initiatoren einstellten, um mit der Stadt an der

		Ausarbeitung einer Klimastrategie zusammenzuarbeiten, das Jahr 2040. Immerhin.
Duisburg (NRW)	Bürgerbegehren "Klimaentscheid Duisburg"	Die Initiative forderte von der Stadt Duisburg, dass sie bis 2035 klimaneutral wird und startete im September ein Bürgerbegehren. Zwei Monate drauf wurde ein Ratsantrag im Gemeinderat beschlossen, der dem Begehren nachempfunden war. Im März 2023 wurde schließlich ein externer Sachbearbeiter mit einem Klimaaktionsplan beauftragt. Für die Initiatoren des Begehrens kam das viel zu spät.
Köln (NRW)	Bürgerbegehren "100% Ökostrom bis 2030"	Mit ihrem Bürgerbegehren forderte „Klimawende Köln“, dass die Stadt alle ihre Mittel als Anteilseigner ausnutzt, damit der regionale Energieversorger RheinEnergie AG und dessen Tochterunternehmen ab 2030 nur noch Strom aus erneuerbaren Quellen liefern. Da die RheinEnergie die umliegenden Städte versorgt hätte das eine Wirkung über die Stadt Köln hinaus. Die Unterschriftensammlung startete im September 2020, der Bürgerentscheid war gleichzeitig zur Bundestagswahl 2021 angepeilt. Nach Gesprächen mit allen Parteien an Runden Tischen wurde ein Mediationsverfahren mit der RheinEnergie AG eingeleitet. Die Stadt entschied im Juni bis 2035 klimaneutral zu werden. Die RheinEnergie AG einigte sich mit der Initiative, sowohl Strom- als auch Wärmeversorgung bis 2035 aus erneuerbaren Quellen umgestellt zu haben. Mit den Ergebnissen zufrieden stellten diese das Bürgerbegehren ein.
Waiblingen (BW)	Einwohnerantrag „Klimaentscheid Waiblingen“	Als Folge des Einwohnerantrag beschloss der Gemeinderat im Oktober einstimmig, dass Waiblingen bis 2035 klimaneutral wird. Dafür wird zum einen ein Maßnahmenpaket erarbeitet. Weiterhin wurde vom Gemeinderat beschlossen, dass ein beratender Ausschuss „Klimaschutz und

		Nachhaltigkeit“ und ein Referat „Klimaschutz, Nachhaltige Stadtentwicklung und Mobilität“ geschaffen wird.
Erfurt (TH)	Bürgerbegehren „Radentscheid Thüringen Erfurt“	Der erste Radentscheid brachte mit 12.700 Unterschriften fast 300 mehr als benötigt. Die Stadt nahm das Begehren an und wollte die Forderungen unter Haushaltsvorbehalt beschließen. Das lehnte die Initiative ab, und konnte so im zweiten Anlauf ihre ursprünglichen Forderungen durchsetzen.
Bonn (NRW)	Bürgerbegehren „Radentscheid Bonn“	Nach der Übergabe der Unterschriften im November 2020 wurde das Bürgerbegehren im Februar 2021 vom Stadtrat angenommen.
Neumünster (SH)	Bürgerbegehren: „Unsere SWN – unsere Wärme“	Der Plan der Stadtwerke Neumünster (SWN) sah vor, 49% der Fernwärmesparte an eine teilprivatisierte Tochterfirma zu verkaufen. Da somit ein entscheidender Einfluss auf die kommunale Daseinsvorsorge abgegeben und die Möglichkeit eingeschränkt würde, eine klimaneutrale Wärmewende umzusetzen, führte die Initiative „Unsere SWN – unsere Wärme“ ihr Bürgerbegehren dagegen durch. Durch die erfolgreiche Unterschriftensammlung beschloss der Stadtrat im Dezember von dem Verkauf und dem Erhöhen des Anteils der REMONDIS abzusehen.
Husum (SH)	Bürgerbegehren „Klimaentscheid Husum“	Durch den Klimaentscheid wurde Husum die erste Stadt in Schleswig-Holstein, die ein Klimaneutralitätsziel beschloss. Per Stadtratsbeschluss wurde ein Klimaaktionsplan für 2035 in Auftrag gegeben und später die Stelle für eine*n Klimaschutzmanager*in geschaffen.
Rostock (SH)	Bürgerbegehren „Rostock kohlefrei“	Das Bürgerbegehren hat das langfristige Ziel, das Steinkohlekraftwerk Rostock, in dem Strom und Wärme produziert wird, stillzulegen. Da das Kraftwerk in privatem Besitz ist, richtete sich das Begehren von den Fernwärmebezug durch die Stadtwerke Rostock, an der die Stadt Rostock Mehrheitseignerin ist. Durch die Fragestellung sollte diese darauf

		hinwirken, bis 2025 aus der Fernwärme vom Kraftwerk auszusteigen. Das Bürgerbegehren wurde durch einen Gemeinderatsbeschluss angenommen.
Hannover (NDS)	Bürgerbegehren „Hannover erneuerbar“	Das Steinkohlekraftwerk Stöcken sollte 2026 und damit schon 4 Jahre früher stillgelegt werden, forderte „Hannover erneuerbar“ und formulierte ihr Bürgerbegehren entsprechend an die Stadt, über ihre Vertreter*innen in den Stadtwerken „energcity AG“ eine Satzungsänderung hierfür herbeizuführen. Durch das Begehren kam es schließlich zu einer Einigung der Initiative mit der Stadt Hannover und energcity: der erste Block des Kraftwerks sollte 2024 abgeschaltet werden und der Rest sollte, wenn möglich, 2026 stillstehen. Die Stadt Hannover möchte durch diese und weitere Maßnahmen bis 2035 klimaneutral werden.
Jena (TH)	Bürgerbegehren „Radentscheid Jena“	Die Initiative, die erst im Januar startete und im Juni anfang, Unterschriften zu sammeln, hatte bis Oktober bereits eine Beschlussvorlage „Bessere Bedingungen für den Radverkehr in Jena“ mit der Stadtverwaltung ausgehandelt, die diese dann annahm. Diese sieht vor, dass die Kernziele der Initiative ins Radverkehrskonzept aufgenommen wird.
Lüneburg (NDS)	Bürgerbegehren „Radentscheid Lüneburg“	Für eine bessere Fahrradinfrastruktur forderte die Initiative 6 konkrete und detailliert beschriebene verkehrspolitische Maßnahmen, die nach Unterschriftensammlung vom Gemeinderat per Beschluss angenommen wurden.
Schwerin (MV)	Bürgerbegehren „Radentscheid Schwerin“	Auch dieser Radentscheid forderte 5 konkrete Maßnahmen und wurde per Ratsbeschluss angenommen.
Bonn (NRW)	Bürgerbegehren „Radentscheid Bonn“	Das Bürgerbegehren für bessere Fuß - und Radinfrastruktur wurde im Februar 2021 per Ratsbeschluss angenommen.

Koblenz (RLP)	Bürgerbegehren „Radentscheid Koblenz“	Nachdem mehr als genügend Unterschriften für das Begehren gesammelt waren, erarbeitete die Initiative zusammen mit der Stadtverwaltung umfassende Maßnahmen zur Verbesserung der Radinfrastruktur. Diese wurden im Juni einstimmig im Gemeinderat beschlossen.
Paderborn (NRW)	Bürgerbegehren „Radentscheid Paderborn“	Jeder von 8 bis 88 sollte in Paderborn sicher Fahrrad fahren können: dafür sammelte die Initiative Unterschriften und hatte konkrete Maßnahmenvorschläge formuliert. Nach der Kommunalwahl kam eine neue schwarz-grüne Regierung in den Rat und übernahm die Maßnahmen in den Koalitionsvertrag. Später wurde das Begehren per Ratsbeschluss bestätigt.
Erlangen (BY)	Bürgerbegehren „Radentscheid Erlangen“	Bis September 2020 hatte die Initiative ihre Unterschriften gesammelt, dann begannen Verhandlungen mit der Stadt. Als Ergebnis wurde von dieser der „Zukunftsplan Fahrradstadt“ als Investitions- und Maßnahmenpaket zur Förderung und Ausbau der Radmobilität beschlossen.
Augsburg (BY)	Bürgerbegehren „Radentscheid Augsburg“	Bis Dezember 2020 hatte das Bürgerbegehren rund 15.500 Unterschriften für bessere Radinfrastruktur gesammelt. Ausgehend von den fünf geforderten Zielen wurde anschließend mit der Stadt ein Vertrag ausgehandelt, der im Juli vorgestellt und beschlossen wurde.
Offenbach (HE)	Bürgerbegehren „Radentscheid Offenbach“	Im April 2020 gestartet und bis Oktober 2021 fast doppelt so viele Unterschriften wie benötigt abgegeben: Das Begehren bewirkte, dass der Magistrat der Stadt in einem Grundsatzbeschluss einer Vereinbarung und einem Umsetzungsbeirat am 3. August zustimmte.

2020

Hamburg (Land)	Volksinitiative „Radentscheid Hamburg“	Von März bis September sammelte die Volksinitiative Unterschriften als erste Hürde für das Volksbegehren. Im April 2020 einigte sich die
----------------	--	--

		Regierungsfraktion aus SPD und Grünen auf ein Maßnahmenpaket. Deshalb mussten für die zweite Hürde zum Volksentscheid nicht nochmal Unterschriften gesammelt werden.
Schleswig-Holstein (SH)	Volksbegehren "Zum Schutz des Wassers"	Da trotz eines Beschlusses im Landtag von 2012 gegen Fracking Anträgen auf Erschließung von Erdölquellen zugestimmt wurden, die nur durch Fracking zugänglich sein konnten, wollte das Volksbegehren eine Verschärfung des Wasserschutzgesetzes von Schleswig-Holstein erreichen, damit Fracking nicht mehr das Wasser verschmutzen könnte. Für die erste Hürde, den Zulassungsantrag, hatte die Initiative bis Oktober 2018 das erforderliche Quorum erreicht. In der Prüfung auf Zulässigkeit wurde jedoch nur ein Teil der begehrten Gesetzesänderung angenommen: die Entscheidung über einen landesweiten Verbot von Fracking liege nicht im Zuständigkeitsbereich des Landes und könne daher nicht zur Abstimmung gebracht werden. Im Volksbegehren den zugelassenen Teil betreffend wurde das Unterschriftenquorum nicht erreicht, was der Landesabstimmungsausschuss im Juni 2020 feststellte. Die Initiative verbucht dennoch Verbesserungen im Wassergesetz für sich, die Ölbohrungen von Konzernen teilweise einschränken.
Kassel (HE)	Bürgerbegehren "Kassel kohlefrei"	Kassel kohlefrei war die erste Initiative, die von der „Klimawende von unten“ beraten wurde. Hier wurde als Ziel gesetzt, das kommunal betriebene Fernwärmekohlekraftwerk in der Dennhäuser Straße sieben Jahre früher stillzulegen, also bereits 2023. Als die Initiative im Dezember 2019 mit dem Sammeln von Unterschriften begann, konnten sie bereits 2/3 des Quorums auf dem Klimastreik von FFF sammeln. Während die Kampagne lief, lenkten die Städtischen Werke zweimal ein: zuerst verkündeten sie, bereits 2028 und schließlich schon 2025 das Kohlekraftwerk ausschalten zu können.

		Nach der Einigung auf das Datum 2025 mit den Städtischen Werken im Oktober 2020, signalisierte auch die Stadt Kassel, dass sie insgesamt bis 2030 klimaneutral sein will.
Essen (NRW)	Bürgerbegehren "Radentscheid Essen"	Die Stadt solle 7 verkehrspolitische Ziele in 9 Jahren umsetzen. Im Mai fing die Initiative an dafür Unterschriften zu sammeln und übergab sie im August. Zwei Tage später folgte die Bestätigung per Ratsbeschluss.
Marl (NRW)	Bürgerbegehren „Radentscheid Marl“	Die Initiative forderte eine bessere Radinfrastruktur für die Stadt und soll sie per Marler Ratsentschluss bekommen.
Freiburg (BW)	Bürgerbegehren „Fuß- und Radentscheid Freiburg“	Bis Ende 2024 sollte ein fuß- und fahrradfreundlicher Innenstadtring entstehen, so die Forderung des Begehrens. Dazu wurde eine Liste an Maßnahmen abgegeben. Im Dezember wurde das Begehren im Gemeinderat per Beschluss angenommen.
Rosenheim (BY)	Bürgerbegehren „Radentscheid Rosenheim“	Die Stadt solle sechs Ziele für besseren Radverkehr verfolgen, „gegebenenfalls durch Umwidmung von Kfz-Verkehrsflächen, in der Regel jedoch nicht zu Lasten von Fußverkehr, öffentlichem Personennahverkehr und geschützten Bäumen“. Der Stadtrat nahm das Begehren nach erfolgreicher Unterschriftensammlung im März an.
Nürnberg (BY)	Bürgerbegehren "Radentscheid Nürnberg"	Das Bürgerbegehren für bessere Radinfrastruktur wurde nach erfolgreicher Unterschriftensammlung vom Gemeinderat angenommen.
Braunschweig (NDS)	Bürgerbegehren "Radentscheid Braunschweig"	Die Initiative formulierte 7 Vorschläge, die nach Einreichen der Unterschriften mit der Stadt überarbeitet wurden. Die neuen Maßnahmen wurden im Gemeinderat beschlossen.
Bielefeld (NRW)	Bürgerbegehren "Radentscheid Bielefeld"	Die Initiative formulierte 11 Ziele zur Förderung des Radverkehrs Bielefelds in ihrem Begehren. Dieses wurde zwar für unzulässig erklärt, aber dennoch übernahm der Gemeinderat einige dieser Ziele in einem Beschluss.

2019

Regensburg (BY)	Bürgerbegehren „Radentscheid Regensburg“	Die Stadt solle ein Netz von durchgängigen Haupttrouten für den Fahrradverkehr schaffen, wurde gefordert. Im Gemeinderatsbeschluss wurde das Begehren angenommen.
München (BY)	Bürgerbegehren „Radentscheid München“	Vier ausformulierte Ziele für einen attraktiven, leistungsfähigen und sicheren Radverkehr kontinuierlich und verkehrspolitisch sollten von der Stadt bis 2025 vorrangig verfolgt werden. Dafür sammelte das Bürgerbegehren bis Juli Unterschriften. Es wurde durch einen Ratsentschluss angenommen.
Rostock (SH)	Bürgerbegehren „Radentscheid Rostock“	Die Initiative hatte zehn Ziele für bessere Radinfrastruktur für ihr Bürgerbegehren formuliert. Im November beschloss die Bürgerschaft ein Handlungsprogramm, das diese weitgehend aufnimmt.
Würzburg (BY)	Bürgerbegehren „Radentscheid Würzburg“	Von der Initiative wurden vier Ziele für einen attraktiven, leistungsfähigen und sicheren Radverkehr formuliert, für die sie Unterschriften in ihrem Bürgerbegehren sammelten. Diese wurden im September im Stadtrat gänzlich übernommen.
Halberstadt (SN)	Bürgerbegehren "Bessere Geh- und Radwege Halberstadt"	In den Jahren 2020, 2021 und 2022 sollten jeweils 1 Mio. € vonseiten der Stadt investiert werden, um die kommunalen Geh- und Radwege zu verbessern. Die Initiative fing im Dezember 2018 an, dafür Unterschriften zu sammeln. Beim Bürgerentscheid im Mai 2019 gab es eine deutliche Mehrheit und das Zustimmungsquorum wurde weit überschritten.
NRW (Land)	Volksinitiative "Aufbruch Fahrrad"	Das Aktionsbündnis für die Volksinitiative „Aufbruch Fahrrad“ in NRW hat sich im April 2017 gegründet. Nach der erfolgreichen Zulassung für ein Volksbegehren durch Unterschriftensammeln nahm der Landtag NRW die

		Volksinitiative im November 2019 an. Ein Jahr später wurde das Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetz für NRW beschlossen.
Aachen (NRW)	Bürgerbegehren „Radentscheid Aachen“	Die Initiative formulierte 9 verkehrspolitische Ziele für die nächsten 8 Jahre. Nach dem erfolgreichen Bürgerbegehren übernahm der Stadtrat diese per Beschluss.
Berlin (Land)	Volksinitiative "Klimanotstand Berlin"	Die im Frühjahr 2019 gestartete Volksinitiative „Klimanotstand Berlin“ forderte, dass Berlin den Klimanotstand ausruft seine bisherigen Klimaschutzpläne zum Einhalten des 1,5°-Ziels anpasst und sofortige Reduktionsmaßnahmen einleitet. Nach über 40.000 Unterschriften und der Anhörung der vier Vertrauenslauten im Berliner Senat, erkannte der Senat schließlich eine „Klimanotlage“ an. Außerdem wurden verstärkte Maßnahmen in Anerkennung dieser Notlage und die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie „Berlin Paris-konform machen“ beschlossen, die seit August 2021 vorliegt. Aus der Initiative ging desweiteren die Gruppe „Klimaneustart“ und die Partei „Klimaliste“ hervor.
Kassel (HE)	Bürgerbegehren „Radentscheid Kassel“	Eigentlich wurde das Bürgerbegehren nicht zugelassen. Dennoch nahm die Stadt einige der Ziele des Bürgerbegehrens in einem Beschluss auf. Die Initiative kritisiert daran, dass zu wenige Mittel bereitgestellt wurden.
Frankfurt (HE)	Bürgerbegehren „Radentscheid Frankfurt“	Die Initiative hatte einen Acht-Punkte-Plan für bessere Radinfrastruktur entwickelt und im Bürgerbegehren Unterstützung eingeholt. Der Magistrat erklärte das Begehren im Januar 2019 für unzulässig. Die Regierungsparteien haben jedoch die Forderungen der Initiative übernommen, ein 15-seitiges Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht und im Juni beschlossen.

Hamburg (Land)	Volksinitiative "Tschüss Kohle"	Die Volksinitiative "Tschüss Kohle" wollte durch eine Änderung des Klimaschutzgesetzes bis Ende 2030 die Beendigung der Energieerzeugung und bis Ende 2025 die Wärmeerzeugung aus Stein- und Braunkohle erwirken. Durch die erfolgreiche Unterschriftensammlung und die Verhandlungen mit der Hamburgischen Bürgerschaft konnte erreicht werden, dass die zwei kommunalen Kohlekraftwerke nur bis spätestens 2030 Fernwärme aus Kohle erzeugen. Für das erst 2015 von Vattenfall in Betrieb genommene Kraftwerk Moorburg konnte erreicht werden, dass es erst gar nicht an das Fernwärmenetz angeschlossen wird. Dadurch wurde es für den Konzern unrentabel und wurde im Juli 2021 stillgelegt. Die aus der Volksinitiative hervorgegangene „Projektgruppe Tschüss Kohle“ sieht nun ihre Aufgabe darin, dass der Kohleausstieg noch weiter beschleunigt wird.
Stuttgart (BW)	Bürgerbegehren "Radentscheid Stuttgart"	Obwohl der Stadtrat das Bürgerbegehren nach Abgabe der Unterschriften für ungültig erklärte, übernahm er wesentliche Anteile der 11 Ziele für bessere Radinfrastruktur der Initiative in einem Beschluss, „um Frankfurt zu einer fahrradfreundlichen Stadt zu machen“.

2018

Darmstadt (BW)	Bürgerbegehren „Radentscheid Darmstadt“	Zwar wurde das Bürgerbegehren, das im Sommer 2018 mehr als 12.000 von benötigten 3.300 Unterschriften sammelte, für unzulässig erklärt. Die Stadtverordnetenversammlung beschloss dennoch ein Investitionsvorhaben von 4 Mio. € auf 4 Jahre für den Radverkehr. Im Sommer 2020 folgte ein Investitionsprogramm für den Ausbau der Radmobilität, welches der Magistrat mit dem Radentscheid verhandelt hatte.
----------------	---	--

Bamberg (BY)	Bürgerbegehren „Radentscheid Bamberg“	Diese Initiative startete bereits 2016. Nach Einreichen der Unterschriften wurden deren Ziele Ende Januar 2018 zusammen mit einem Maßnahmenpaket vom Stadtrat beschlossen.
Hamburg (HH)	Volksinitiative „Hamburgs Grün erhalten“	Die Volksinitiative „Hamburgs Grün erhalten“ setzte sich dafür ein, dass der Umfang sogenannter grüner Milieus in Hamburg festgesetzt wird. Dafür sammelten sie über 23.000 Unterschriften. Daraufhin kam es zur Einigung mit der Hamburger Bürgerschaft. Die Vereinbarung aus dem Jahr 2019, sah vor zehn Prozent der Fläche Hamburgs unter Naturschutz zu stellen. Stand 2024 wurde diese Vorgabe auch eingehalten.

2017

München (BY)	Bürgerbegehren "Sauba sog i. Reinheitsgebot für Münchner Luft""	Das von Green City München 2017 gestartete Bürgerbegehren für bessere Stadtluft und für die Verkehrswende sammelte in 6 Wochen die nötigen Unterschriften für den Bürgerentscheid. Ziel war es, schnellstmöglich Maßnahmen zur Reduktion der überhöhten Stickstoffdioxidwerte der Münchener Luft umzusetzen. Das Begehren wurde durch einen Beschluss im Stadtrat angenommen. Beschlossen wurde dadurch, dass bis 2025 80% aller Wege durch öffentliche Verkehrsmittel, Fuß, Fahrrad oder Elektroautos zurückgelegt werden.
Stuttgart (BW)	Bürgerbegehren der Initiative „Stuttgart laud nai“	Die Initiative für eine komplett autofreie Innenstadt kam von dem Aktionsbündnis „Stuttgart laud nai“ unter der Führung der Ratsfraktion „SÖS/Linke plus“. Bevor eine einzige Unterschrift für das von ihnen geplante Bürgerbegehren gesammelt wurde, preschten die Fraktionen von SPD und die Grünen im Gemeinderat mit einem eigenen Antrag vor. Schließlich wurde als Einigung ein gemeinsamer Antrag der genannten

		Fraktionen beschlossen, der eine Ausweitung der Fußgängerzone innerhalb des Cityrings und die Umnutzung von 150 Parkplätzen für Fußgänger und Radfahrer, Stadtgrün, Spielflächen und Außengastronomie vorsieht.
München (BY)	Bürgerentscheid "Raus aus der Steinkohle"	Die Forderung der Initiative "Raus aus der Steinkohle" war es, dass die Stadtwerke München (SWM) den Block 2 des Kraftwerks Nord bis Ende 2022 stilllegt. Das ist der einzige Block des Kraftwerks, in dem Steinkohle verbrannt wird. Dadurch sollte der Umstieg auf Geothermie und Wärmeerzeugung aus Gas schneller vonstattengehen, als es der Fall wäre, wenn der Block wie nach Plan bis 2035 liefe. Als es im November zum Bürgerentscheid kam, erhielt die Forderung 60% der Stimmen und das Abstimmungsquorum von 10% wurde erreicht. Das Begehren wurde somit angenommen. Ende Oktober 2019 legte allerdings die Bundesnetzagentur ein Veto gegen die Stilllegung des Kraftwerkblocks ein. Entgegen dem Votum des Bürgerentscheids läuft der Block noch bis Ende 2024 mit gedrosselter Leistung, um die Fernwärmeversorgung nicht zu gefährden.

2016

Brandenburg (BB)	Volksbegehren "Volksinitiative gegen Massentierhaltung"	Das Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg startete 2014 mit der „Volksinitiative gegen Massentierhaltung“ im Land Brandenburg. Nach dieser ersten Hürde kam es 2015/2016 zum Volksbegehren, wobei wiederum Unterschriften gesammelt wurden. Auch diese Hürde wurde gemeistert. Die Landesregierung trat daraufhin in Verhandlung mit den Initiator*innen. Am 19. April 2016 wurde schließlich ein veränderter Antrag beschlossen, den die Vertreter*innen des Bündnisses zur Abstimmung gestellt hatten. Dadurch wurden für Brandenburg die Subventionen für Mastbetriebe eingegrenzt, die Erarbeitung eines Tierschutzplans
------------------	---	---

		beschlossen, ein*n Tierschutzbeauftragte*r berufen, die Prüfung von Maßnahmen zur Reduzierung von Schadstoffbelastungen veranlasst, und eine Prüfung zur besseren Bürgerbeteiligung beschlossen.
Berlin (Land)	Zulassungsantrag für Volksbegehren „Volksentscheid Fahrrad“	Die 2016 gegründete Volksinitiative zur Schaffung eines Radgesetzes für Berlin war der Startpunkt der Radentscheidsbewegung. Der Zulassungsantrag für das Volksbegehren im Land Berlin wurde im Juni 2016 mit weit mehr als den erforderlichen Unterschriften dem Senat überreicht. Zum Volksbegehren kam es nicht, weil der Senat die Forderungen weitgehend übernahm. Im Juni 2018 wurde als Resultat das Mobilitätsgesetz im Senat beschlossen, in dem der Inhalt des Begehrens im Abschnitt zum Radverkehr im Wesentlichen übernommen wurde.

2015

Stuttgart (BW)	Bürgerbegehren „Fernwärme Stuttgart“ zur Rekommunalisierung des Fernwärmenetzes	Das Bürgerbegehren „Fernwärme Stuttgart“ zur Rekommunalisierung des Fernwärmenetzes war bereits das dritte von der Initiative „Stuttgarter Wasserforum“ initiierte Bürgerbegehren, um den Ausverkauf der Daseinsvorsorge in Stuttgart rückgängig zu machen. Dafür tritt die Initiative seit 2002 ein, als die Stadt die Stuttgarter Stadtwerke an EnBW verkaufte. Zuerst wurde die Rekommunalisierung der Wasserversorgung 2010 mit einem Bürgerbegehren gewonnen. Mit einem 2011 neu gegründeten Stadtwerk konnten das Strom- und Gasnetz bereits wieder in stadteigenen Betrieb genommen werden. Für diese Netze liefen die Konzessionsverträge mit EnBW aus. Das Fernwärmenetz wollte der Konzern behalten – hier gilt nicht das Energiebewirtschaftungsgesetz und die Befristung der Konzessionsverträge. Für das Bürgerbegehren wurden im November 2015 die nötige Anzahl an Unterschriften eingereicht. Die Stadt nahm sich die
----------------	---	---

		Intention des Begehrens zueigen und befindet sich seitdem im Rechtsstreit mit EnBW, welches sich weigert das Netz zu verkaufen. Stand Juni 2023: Das Oberlandesgericht möchte in dem Fall „grundsätzlich entscheiden“.
--	--	--

2013

Röthenbach a.d.Pegnitz (BY)	Bürgerbegehren für die Rekommunalisierung der Stadtwerke	Durch das Bürgerbegehren fasste der Gemeinderat den Beschluss, als Eigentümer zu 51% in das privatisierte Stadtwerk einzusteigen.
Berlin (B)	Volksentscheid "Berliner Energietisch"	In Berlin gründete sich der „Berliner Energietisch“ aus einem von BBK gestarteten Gesprächskreis zu Konzessionsverträgen von Strom- und Gasnetzen. Das Bündnis arbeitete einen Gesetzentwurf aus, um ein Berliner Stadtwerk zu gründen (in den 1990er Jahren war das Stadtwerk privatisiert worden) und über eine Netzgesellschaft das Stromnetz kommunal zu betreiben. Nach dem Volksbegehren wurde der Termin für den Entscheid – nicht wie in Hamburg (s.u.) auf den Termin der Bundestagswahl gelegt, sondern auf den 3. November. Die regierende SPD-CDU-Koalition entschied noch vor der Abstimmung, ein Stadtwerk zu gründen, allerdings in einer kleineren Version als durch den Energietisch vorgesehen. Ein Rückkauf des Stromnetzes wurde auch vonseiten des Senats signalisiert. Dem Entscheid wurde also Wind aus den Segeln genommen und erreichte trotz mehrheitlicher Zustimmung nicht das Quorum. Ein Erfolg was das Volksbegehren dennoch, da es das Thema der Rekommunalisierung der Energieversorgung in die Berliner Politik gebracht hat und mit dem neuen Ökostrom-Stadtwerk auch ein konkretes Ergebnis hatte.
Hamburg (Land)	Volksentscheid „Unser Hamburg – unser Netz“	Mit dem Auslaufen der Konzessionsverträge der Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze forderte die Initiative „Unser Hamburg – unser Netz“,

		<p>dass Senat und Bürgerschaft von Hamburg diese von Vattenfall und E.On zurückkaufen möge. Sie startete 2010 mit dieser Forderung. Im Jahr 2011 kaufte Hamburg einen Anteil von jeweils 25,1% der Netze zurück, was für die Initiative allerdings noch nicht genug Einflussmöglichkeit für eine kommunale Umstellung der Energieversorgung ließ. Immerhin ließ der Vertrag zu, dass die städtische Minderheitsbeteiligung rückgängig gemacht werde, wenn der Volksentscheid erfolgreich sein sollte. Am 22. September 2013 konnten die Hamburgerinnen im Volksentscheid selbst entscheiden, ob die Netze zukünftig zu 100% der Stadt gehören sollten. Mit der knappen Mehrheit von 50,9% stimmten sie dafür. Bis 2019 waren alle drei Netze wieder in kommunaler Hand.</p>
--	--	---

2012

München (BY)	Bürgerbegehren "Keine 3. Startbahn"	<p>Da die Stadt München zwei Mitglieder Gesellschaftergremium des Flughafens entsendet, konnte durch ein Bürgerbegehren der Bau einer dritten Startbahn verhindert werden. Das Begehren forderte nämlich, dass die Stadt „München alle ihre Möglichkeiten als Gesellschafterin der Flughafen München GmbH“ nutzen solle, um den Bau zu verhindern und insofern im Beschluss dagegen stimmen solle. Da sich die Wahlberechtigten in München im Bürgerentscheid im Sinne des Bürgerbegehrens aussprachen, sind die städtischen Gesellschaftsratsmitglieder dazu verpflichtet. Das Vorhaben lag deshalb auf Eis – allerdings missachtet die CSU in der Landesregierung mittlerweile den direktdemokratischen Beschluss.</p>
Heidenrod (HE)	Bürgerbegehren für die Errichtung eines Windparks	<p>Zur „Erzeugung umweltfreundlicher, erneuerbarer Energie und zur Verbesserung der Einnahmesituation“ sollten Großwindkraftanlagen errichtet</p>

		werden. Diese Forderung des Bürgerbegehrens wurde schließlich im Bürgerentscheid angenommen.
--	--	--

2011

Aachen (NRW)	Bürgerbegehren "Saubere Energie"	Die von BBK unterstützte Initiative "Saubere Energie" in Aachen forderte durch ihr Bürgerbegehren, dass die Stadtwerke Aachen (Stawag) sich nicht am Bau eines neuen Steinkohlekraftwerks in Krefeld-Uerdingen beteiligen und auch künftig keine Beteiligung an Kohlekraftwerken eingehen soll. Während die Unterschriftensammlung lief, beschloss die Stawag sich nicht am Bau des Kohlekraftwerks, sondern nur am Bau eines Gas- und Dampfkraftwerks zu beteiligen. Die Projektversammlung des Kraftwerksbetreibers Trianel stimmte schließlich auch gegen das Kohle- und für das Gas- und Dampfkraftwerk. Das Bürgerbegehren wurde somit eingestellt.
--------------	----------------------------------	--

2010

Dachau (BY)	Bürgerentscheid "Kontra-Kohlestrom"	In diesem Jahr konnte BBK ein Bürgerbegehren in Dachau erfolgreich im Bürgerentscheid unterstützen: Die Stadtwerke Dachaus sollten aus den Beteiligungen an Kohlekraftwerken der Firma Trianel in Lünen und Krefeld-Uerdingen aussteigen. Für die Forderung stimmten 68%, wobei das Zustimmungsquorum nur knapp erreicht wurde. Das Kraftwerk in Lünen wurde zwar dennoch gebaut. Das andere geplante Kraftwerk in Krefeld-Uerdingen wurde dafür nicht verwirklicht (s.o.).
-------------	-------------------------------------	---

2009

Quedlinburg (LSA)	Bürgerbegehren gegen den anteiligen Verkauf der Stadtwerke	Vorgeblich um den Haushalt der Stadt zu entlasten, plante diese, die kommunalen Stadtwerke anteilig zu verkaufen. Diesen Plan kritisierte das „Bürgerforum Quedlinburg“ als kurzfristig und startete ein Bürgerbegehren. Im Januar 2009 kam es zum Bürgerentscheid, der mit 90% der abgegebenen Stimmen angenommen wurde.
Heretsried (BY)	Bürgerbegehren für einen zweiten Solarpark	Die kleine Gemeinde hatte bereits einen ersten Solarpark erhalten, nun plante der Investor einen zweiten zu bauen. Da dies verhindert werden sollte, beschloss eine Bürgerinitiative den Bau mit einem Bürgerbegehren durchzusetzen. Dagegen gründete sich eine zweite BI. Im Bürgerentscheid waren 60% der Abstimmenden für den Bau.

2008

Leipzig (SN)	Bürgerbegehren gegen den Verkauf städtischer Unternehmen	Auslöser für das Bürgerbegehren war, dass die Stadt knapp die Hälfte der Stadtwerke verkaufen wollte. Das Begehren von „Stoppt den Ausverkauf unserer Stadt“ forderte aber gleich, dass alle kommunalen Unternehmen der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand bleiben sollen, d.h. neben den Stadtwerken auch die Verkehrsgesellschaft, die Baugesellschaft, das Krankenhaus, das Wasserwerk und die Stadtreinigung. Bei dem Bürgerentscheid im Januar 2008 gab es dafür eine Zustimmung von 87%.
Furth im Wald (BY)	Bürgerbegehren gegen die (Teil-) Privatisierung der Stadtwerke	Dieses Bürgerbegehren orientierte sich an dem Vorbild in Leipzig. Es wurde geführt, um von vornherein Privatisierungen und Teilprivatisierungen der Stadtwerke in Furth im Wald zu verhindern. Das Begehren wurde im Gemeinderatsbeschluss angenommen.

2004

Berngau (BY)	Bürgerentscheid für die Einrichtung eines Solarparks	Dieses Bürgerbegehren forderte für eine bestimmte Fläche, dass der Flächennutzungsplan und der Bebauungsplan so geändert, dass dort ein Solarpark errichtet werden kann. Es wurde im Juni 2004 im Bürgerentscheid so angenommen.
Bielefeld (NRW)	Korrekturbegehren für den Verbleib der Verkehrsbetriebe bei der Stadt	Um einen Gemeinderatsbeschluss rückgängig zu machen, forderte dieses Bürgerbegehren, dass die Verkehrsbetriebe moBiel GmbH und moBiel Service GmbH auf Dauer unverändert Unternehmen der Stadtwerke Bielefeld GmbH bleiben. Nach Einreichen der Unterschriften und Feststellen der Zulässigkeit wurde die Forderung des Begehrens im Gemeinderat angenommen.

2003

Elmshorn (SH)	Korrekturbegehren gegen die Umwandlung der Stadtwerke in eine AG	Die Stadtverordnetenversammlung hatte mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP die Umwandlung der Stadtwerke in eine AG beschlossen, und diese damit zu 25% verkaufen können. Auf Initiative der Wählergemeinschaft Elmshorn und den Grünen kam es zum Bürgerentscheid gegen den Ratsbeschluss. Darin stimmten die Bürger gegen die Änderung der Rechtsform und somit für den Verbleib der Energieversorgung in kommunaler Hand.
Wilster (SH)	Korrekturbegehren gegen die Privatisierung der Stadtwerke Wilster	Dieses Korrekturbegehren gegen einen Beschluss der CDU konnte erreichen, dass die Stadtwerke Wilster im Eigenbetrieb der Stadt bleiben. Es wurde im Bürgerentscheid angenommen.
Norderstedt (SH)	Korrekturbegehren gegen die Umwandlung der Stadtwerke in eine GmbH	Gegen den Beschluss die Stadtwerke in eine GmbH umzuwandeln, richtete sich dieses Korrekturbegehren. Durch die Änderung der Rechtsform wäre es kein städtischer Eigenbetrieb geblieben. Nach Einreichung der

		Unterschriften wurde es durch einen neuen Gemeinderatsbeschluss angenommen.
--	--	---

2002

Münster (NRW)	Korrekturbegehren gegen die Teilprivatisierung Stadtwerke Münster GmbH	Die aus den Parteien SPD, PDS, Grünen und den Gewerkschaften IG Metall und Verdi sowie Vertretern von Kirchen getragene Bürgerinitiative "Für den Erhalt der Stadtwerke Münsters" richtete sich gegen den Ratsentschluss der CDU/FDP-Mehrheit, 49% der Anteile der Stadtwerke zu verkaufen. Nach Sammeln der Unterschriften und Feststellung der Zulässigkeit kam es im Juni zum Bürgerentscheid. Darin wurde das Begehren deutlich von der Bevölkerung angenommen.
Geisenhausen, M (BY)	Bürgerbegehren für eine Solarheizung für das Freibad	Das von der BUND-Ortsgruppe getragene Bürgerbegehren konnte die Errichtung einer Solarheizung für das örtliche Schwimmbad in Geisenhausen erreichen. Es wurde durch einen Bürgerentscheid beschlossen.

2001

Münster (NRW)	Korrekturbegehren gegen die Privatisierung des städtischen Nahverkehrsunternehmens	Um den Verkauf des städtischen Verkehrsunternehmens rückgängig zu machen, gründete sich die von Verdi getragene und von SPD, Grünen und BUND unterstützte Bürgerinitiative "Pro öffentliche Verkehrsbetriebe". Nachdem eine Vereinbarung zwischen Verdi, der CDU-Ratsmehrheit und den Stadtwerken zum Verbleib des Unternehmens bei den Stadtwerken getroffen war, wurde das Bürgerbegehren eingestellt.
---------------	--	--

Hamm (NRW)	Bürgerbegehren für den Erhalt des kommunalen Besitzes an den Stadtwerken Hamm GmbH	Die Gemeinderatsfraktionen von CDU, FDP, FWG und Grüne beabsichtigten 49,9% der Geschäftsanteile an den Stadtwerken an einen privaten Investor zu verkaufen. Bevor es dazu kam, initiierten die SPD und die Gewerkschaft Verdi ein Bürgerbegehren dagegen und sammelten die nötigen Unterschriften. Der Bürgerentscheid wurde mit großer Mehrheit angenommen.
Düsseldorf (NRW)	Bürgerbegehren gegen den Verkauf einer Anteilsmehrheit an den Düsseldorfer Stadtwerken	Im Stadtrat wurde von der CDU-FDP-Mehrheit der Verkauf von 54% der Stadtwerkeanteile zur Schuldentilgung beschlossen. Das von Verdi initiierte und von SPD, Grünen und Bürger*innen unterstützte Bürgerbegehren forderte beim Verkauf eine Majorität von 50,1% in städtischer Hand zu behalten. Nachdem das Begehren mehr als 300% des Unterschriftenquorums einreichte, kam auch der Bürgerentscheid zu fast 90% Zustimmung. Der Stadtrat konnte daher nur 29,9% der städtischen Anteile der Stadtwerke verkaufen.
Passau, Gunzenhausen, Würzburg, Cham, Hersbruck, Dingolfing, Augsburg, Regensburg, Nürnberg, München, Landshut, Straubing, Amberg (BY)	Bürgerbegehren in dreizehn bayerischen Städten „Temelin-Strom kommt mir nicht ins Haus!“	Das erste Bürgerbegehren gegen Atomstrom des tschechischen Kraftwerks Temelin wurde von ÖDP-Stadtrat Urban Mangold in Passau gestartet. Das Begehren forderte, dass die Stadtwerke keinen Strom von E.On beziehen solle, solange dieser Atomstrom vom Temelin-Betreiber CEZ geliefert bekommt. In der Folge wurden identische Begehren in zwölf weiteren bayrischen Städten durch ÖDP-Mandatsträger gestartet. Durch die vielen Bürgerbegehren kündigte E.On tatsächlich die Lieferverträge mit CEZ. Die Bürgerbegehren wurden deshalb in den meisten Fällen bereits in der Phase der Unterschriftensammlung eingestellt.

2000

Bielefeld (NRW)	Bürgerbegehren für den Erhalt der kommunalen Mehrheit an den Stadtwerken Bielefeld GmbH	Um zu verhindern, dass die Stadt bei einem teilweisen Verkauf ihrer Stadtwerke die Kontrolle über wirtschaftliche Entscheidungen verliert, forderte dieses Bürgerbegehren, dass die Stadt Mehrheitsgesellschafter bleiben muss. Nach Einreichen der Unterschriften und Bestätigung der Zulässigkeit wurde es durch einen Gemeinderatsbeschluss angenommen.
-----------------	---	--

1996

Böcke (heute Ortsteil von Wenzlow) (BB)	Für Errichtung von zwei Windkraftanlagen	Das erfolgreiche Bürgerbegehren mit anschließendem Bürgerentscheid führte zum Bau von zwei Windkraftanlagen.
---	--	--

1991

Schönau im Schwarzwald (BW)	Korrekturbegehren gegen die Konzessionsvergabe des Stromnetzes an die Kraftübertragungswerke Rheinfelden AG (KWR)	Das Bürgerbegehren in Schönau entstand auf Initiative der Anti-AKW-Gruppe „Eltern für atomfreie Zukunft“. Diese versuchte zunächst durch Verhandlungen mit dem lokalen Energieversorger KWR die Abkehr von Atom- und die Hinwendung zu erneuerbarem Strom zu erreichen. Auch politische Bemühungen hatten nicht den gewünschten Erfolg. Deshalb wurde das Ziel gefasst, das Stromnetz durch einen neuen eigenen Betrieb zu kaufen und ausschließlich regenerativen Strom zu liefern. Es wurde deshalb 1990 Netzkauf Schönau GbR gegründet und genügend
-----------------------------	---	--

		<p>Anteilseigner für die Übernahme des Netzes gewonnen. Als der Gemeinderat trotzdem den Konzessionsvertrag mit der KWR verlängern wollte, startete die BI das Bürgerbegehren, das schließlich im Bürgerentscheid für sie entschieden wurde. Es wurde in Folge die Elektrizitätswerke Schönau GmbH (EWS) gegründet, die 1996 nach einem zweiten Bürgerentscheid das Netz übernehmen konnte.</p>
--	--	---